Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unsern Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 847.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., Familien- u. Kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtaufl. 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Fliegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 6. Fernsprech-Anschluß: Lützow 9971.

Nr. 42. Sonnabend, den 24. Januar. 1914.

Das Wichtigste.

* **Im Reichstag beantwortete am Freitag der Reichskanzler die beiden Interpellationen wegen Zabern und wies dabei zugleich die Entgleisungen des Preußenbundes zurück.** (S. Leitart. u. Ver.)

* Im ungarischen Abgeordnetenhause kam es am Freitag bei der Spezialberatung über den Preßreformentwurf zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und den Oppositionellen. Elf Abgeordnete mußten durch die Parlamentswache aus dem Saale entfernt werden. (S. Pol. Uebers.)

* Die internationale Kontrollkommission hat das albanische Kabinett aufgelöst. Für Ismael Kemal wurde der bisherige Minister des Innern Fewzit Bei mit der Leitung der Geschäfte betraut. (S. Ausl.)

* Die streikenden Petersburger Arbeiter haben am Freitag die Arbeit wiederaufgenommen. In den Fabrikvierteln herrscht vollständige Ruhe.

* Die stetige Rückkehr zu normalen Verhältnissen im bisherigen Streikgebiet von Südafrika ist überall gesichert. (S. Ausl.)

* Der bekannte Nationalökonom an der Universität Halle, Geh. Rat Johann Conrad, feierte am Freitag sein 50. Doktorjubiläum. (Siehe R. u. W.)

* In Schanghai wurde die Gattin des deutschen Fleischermeisters Richard Neumann von eingeborenen Verbrechern ermordet. (Siehe Nachr. v. T.)

Nochmals Zabern im Reichstage.

⊙ **Berlin**, 23. Januar.

Es ist wohl möglich, daß von den vielen Hunderten, die heute die Reichstagstribüne erfüllten, den Tausenden, die sich vergeblich um den Einlaß bemüht hatten, der eine oder andere, oder vielleicht auch die Mehrzahl geglaubt hat, in diesen Januartagen würden sich die Ereignisse vom 3. und 4. Dezember wiederholen, würde zum anderen Male ein gewaltiger Unwille das Reichshaus durchbrausen, von neuem dem Kanzler bescheinigt werden, daß seine Art, die Dinge zu sehen, im Parlament keine Billigung fände.

Wir haben diese Auffassung nicht geteilt, nicht bloß aus dem allgemeinen Grunde, da Waffen, die man zu oft gebraucht, sich leicht abstumpfen und daß schon diese Erwägung zu sparsamer Verwendung des Mißtrauensvotums riet, auch nicht aus dem anderen, daß die Straßburger Gerichtsverhandlungen uns nun gelehrt hätten, die Dinge durchaus anders zu sehen. Das gilt doch nur von den Leuten da draußen, von gewissen Schichten des deutschen Publikums. Im Reichstag selber und — wir möchten glauben — sogar in den Kreisen des Bundesrats, war die Stimmung in der Beziehung kaum umgeschlagen. Wer früher das Vorgehen des Obersten von Reuter mit Unbehagen empfunden hatte, der dachte, ohne im übrigen sich für die Zivilbehörden zu erwärmen, im Grunde auch heute nicht viel anders. Aber ein anderes — wir haben erst gestern uns hier darüber verbreitet — war hinzugekommen. Was den so oder so verkleideten „echt preußischen" Männern seit Wochen zu fehlen scheint — das lastete auf dem viel geschmähten Reichstag als eine ernste Pflicht der Gewissen. Man wollte dem Kanzler, gegen den geschäftige Hände allerlei Minen legen, keine neue Schwierigkeiten machen, und man hatte darüber hinaus den ehrlichen und patriotischen Wunsch, daß nun endlich Ruhe werde im Lande.

Aus dieser seelischen Disposition hätte den Reichstag nur ein Umstand reißen können: wenn der Kanzler sich rechthaberisch versteift hätte, wenn er kein Tüpfelchen von dem preisgegeben, was im Dezember von ihm gesagt worden war. Einen Augenblick schien es auch, als ob Herr von Bethmann in den früheren Fehler zurückfallen wolle, da er während der Rede des Abg. Frank sich ein paar Mal nach dem Präsidenten umwandte, in Auge und Gebärde die Frage: ob Herr Dr. Kämpf denn nun nicht eingreifen wolle? Und auch später, als er nach dem Abtreten des sozialdemokratischen Redners voll Entrüstung gegen dessen Ausführungen über den Kronprinzen und dessen Umgang protestierte. Lieber Himmel, sehr geschmackvoll waren sie nicht. Uns mißfielen sie vornehmlich schon um deswillen, weil bei all dem, was man sich darüber erzählt, im wesentlichen es sich doch um unbeglaubigte Gerüchte handelt. Trotzdem hatten wir nicht das Gefühl, daß die Aeußerungen des Dr. Frank gar so unerhört wider Anstand und Ordnung verstießen. Werden wir nicht allgemach etwas zu nervös? Mit Herrn von Oldenburg, den wir sonst nicht gern zitieren, möchten wir, seine Worte leise abändernd, sprechen: der Reichstag ist doch keine Töchterschule.

Also: in dem einen Moment schien uns der Kanzler nicht den rechten Ton zu treffen, fand er vor allem nicht den inneren Kontakt mit dem Hause. Um so mehr hat er ihn dann hinterher gefunden, als er den beiden Interessenten Auskunft gab. Der Sozialdemokrat Dr. Frank hatte keinen guten Tag gehabt; war, was man bei ihm am wenigsten verträgt, in seiner breit ausgesponnenen Polemik gegen die Konservativen schlechthin langatmig geworden, und Herr Professor von Liszt, der als Vater des fortschrittlichen Initiativantrags über die Grenzen des Waffengebrauchs für die Volkspartei das Wort führte, hatte sich, indem er gegen Laband stritt, zu sehr in juristische Darlegungen vertieft.

Dann hatte der Kanzler sich erhoben und gleich nach den ersten paar Sätzen hatte man das Gefühl: jetzt ist der Zugang zum Frieden gefunden, nun wird alles zum guten Ende kommen. Herr von Bethmann begann, den Spuren des Vorredners folgend, mit dem Ius, suchte sehr sachlich, sehr leidenschaftslos, auseinanderzusetzen, wie die Dienstvorschrift von 1899 sich zu der Kabinettsorder von 1820 verhielt, verteidigte sie nicht, schien nicht einmal das Straßburger Urteil zu verteidigen, unterstrich nur die Ankündigung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung": Die Prüfung sei im Gange, sie würde so schnell als möglich durchgeführt werden. Und hernach gedenke man dafür zu sorgen, daß es in diesen Stücken nur ein einheitliches Recht im deutschen Lande gebe. Dann aber griff er auf das allgemeine, das eigentlich politische Gebiet über. Und wieder begab es sich, was wir in den letzten Wochen schon zweimal hatten erleben müssen: daß der Kanzler um des Staats Wohls willen von den Konservativen und ihrer Art Politik zu treiben, nachdrücklich abrückte. Herr von Bethmann hat sich heute gegen die Ueberheblichkeit der „Nichts-als-Preußen" gewandt, was in Zabern geschah, als typisch für die elsässischen Zustände zu betrachten. Und er hat seinen staatsmännischen Blick bewiesen, in dem er mahnte, aus den Vorkommnissen, die bedauerlich wären und sich nicht wiederholen sollten, lediglich einen Schluß zu ziehen; diesen nämlich, daß das Reichsland nur unter einer zugleich ruhigen, einheitlichen, gerechten und festen Verwaltung gedeihen könnte. Des weiteren aber hat er in Worten, die nicht bloß das Ergebnis taktischer Berechnung waren, die von warmem, ehrlichem Empfinden beseelt schienen, die partikularistischen Gespenster zurückgescheucht, die uns die letzten Tage und Wochen vergällten.

Damit hatte der Kanzler den Ton eingeschlagen, der für den Rest der Sitzung — einen recht langen Rest — nachklang. Nur die Rechte blieb, was ihre bundesbrüderliche Gesinnung und das Ausmaß ihrer national-politischen Einsicht genügend illustriert, mäuschenstill, als der Kanzler die Tapferkeit, die in Wahrheit gar nicht anzuzweifelnde, der bayerischen Truppen im 70er Feldzuge pries und auch in den lahmen Ausflüchten, mit denen späterhin Graf Westarp die Seinen von dem Vorwurf des Partikularismus reinzuwaschen unternahm, suchte man vergeblich nach einem Satz der Entschuldigung und der selbstverständlichen Anerkennung. Um so mächtiger schwoll dieser Gedanke in wirklich vaterländischer Weise zu herzbewegenden Akkorden in den Reden Fehrenbachs und Bassermanns an. Beide — der Zentrumssprecher wie der Nationalliberale — rückten die Verdienste, die der Reichstag sich um das Reich und seine Einheit erwarb, in die rechte Beleuchtung und beider Reden mündeten aus in das feurige Bekenntnis, daß des Deutschen Vaterland nicht Süddeutschland, nicht Preußenland zu sein habe, sondern Alldeutschland, die Heimstätte der gottlob geeinigten Nation. Es mag schmerzlich sein, daß im 43. Lebensjähre des neuen Reichs derlei Gelöbnisse überhaupt noch ausgesprochen werden müssen. Aber nach den schmerzlichen Erfahrungen dieser Zeitläufte, war es kaum zu umgehen. Und es war eine erfreuliche Note, daß in diesem Zusammenhang Herr Fehrenbach Gelegenheit fand, in ernsten und nicht mißzuverstehenden Worten den Elsässern vor einer Gemeinschaft mit den Nationalisten abzuraten.

Schade, daß mit diesen vollen Akkorden der Tag noch nicht schloß. Was nachher kam — selbst eine nach Form und Vortrag, wie immer glänzende Rede Friedrich Naumanns, machte kaum eine Ausnahme, — zerrte doch ein wenig an diesen starken Eindrücken. Immerhin nahm man, obschon um den Beginn der achten Stunde ausgerechnet Herr Ledebour zu einer Redeübung ansetzte, die Empfindung hinweg, daß man nach Irrungen und Wirrungen dabei ist, sich zum rechten Wege zurückzufinden: im Elsaß und auch anderswo; daß selbst, wenn die preußischen Konservativen sich in corpore erhöben, dem tief in den Herzen der Deutschen verankerten Reichsgedanken keinerlei Gefahr drohe.

Die Sächsische Porzellanmanufaktur in Meißen.

Aus dem der Finanzdeputation A des Sächsischen Landtages über die Sächsische Porzellanmanufaktur erstatteten Berichte seien einige auch für die Allgemeinheit interessante Einzelheiten herausgehoben. Trotz der allgemein ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich der Absatz der Porzellanfabrik auch in letzter Zeit gesteigert. Die Manufaktur hat immer größer werdende Ansprüche zu befriedigen. Es sind infolgedessen einige neue Ateliers und Malersäle geschaffen, etwa hundert Maler und andere Arbeitskräfte eingestellt, dazu auch die Zahl der Verkäufer in den Niederlagen vermehrt worden. Trotzdem kann die Manufaktur nicht immer rechtzeitig liefern. Da die Malerschule und das Formerhaus vergrößert worden sind, wird sich der Uebelstand wohl nach und nach beheben lassen.

Jedenfalls ist der Manufaktur die vornehme und wirksame Art der Reklame zustatten gekommen. Es läßt sich auch feststellen, daß die Freude an schönem Porzellan immer weitere Kreise erfaßt hat. Die Erzeugnisse der heutigen Zeit werden gewiß späterhin als Zeitdokumente künstlerischen Schaffens gewürdigt werden. Das erfreuliche Streben in den Meißner Ateliers wird den Ruhm der Staatsanstalt sichern für alle Zeiten. Um immer neue Käufer und Liebhaber heranzuziehen, ist mit der Manufaktur eine Schauhalle verbunden worden, auf deren Bedeutung der Berichterstatter, der nationalliberale Abg. Dr. Steche, schon früher hingewiesen hat.

Der verdiente frühere Direktor der Manufaktur, Geheimer Kommerzienrat Gesell, ist 1912 in den Ruhestand getreten. An seine Stelle ist am 1. Mai 1913 Geheimer Bergrat Dr. Heintze getreten, der bisher schon in der Leitung tätig war und über die Geschichte der Porzellanmanufaktur einige interessante Berichte geliefert hat. In die Leitung ist außerdem ein kaufmännischer Direktor eingetreten. Das gesamte Personal der Königl. Porzellanmanufaktur umfaßt jetzt etwa 60 Beamte und über 800 Arbeiter.

Die mitveröffentlichte Bilanz zeigt einen überaus erfreulichen Aufschwung. Der Reingewinn auf die Jahre 1910/11 betrug 835 605 M, das sind ziemlich 10 Proz. gegenüber 5½ Proz. im Jahre 1908/09. Der Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß die Manufaktur sich mit ihren Erzeugnissen recht fleißig an Ausstellungen beteiligen möchte. Es wird vielfach der Weg der indirekten Beschickung eingeschlagen, so nämlich, daß man sächsischen Ausstellern einzelne Stücke zum Mitausstellen überläßt oder Aussteller veranlaßt, Meißner Porzellan mit auszustellen. So ist es geschehen bei der Baufachausstellung in Leipzig, und so wird man auch bei der für 1915 bevorstehenden nordischen Ausstellung in Malmö verfahren.

Zum weiteren Ausbau der Anstalt und ihres Betriebes ist jetzt auch ein großes günstig gelegenes Areal in der Nähe der Stadt Meißen gekauft worden. Man kann sich über die gegenwärtige Entwickelung der Porzellanmanufaktur gewiß nur freuen. Ein Teil des Verdienstes daran gebührt gewiß auch dem Wirken des Abg. Dr. Steche.

Politische Uebersicht

Die Zustimmung der Bundesregierungen zum Dr. med. dent.

Wie wir erfahren, wird die Angelegenheit der Einführung des Doktor med. dent. in Preußen gelegentlich der Beratung des Kultusetats bei dem Kapitel „Universitäten" von einzelnen Abgeordneten zunächst in der Budgetkommission zur Sprache gebracht werden. Die preußische Regierung wird eine bündige Erklärung abgeben, aus der ihre prinzipielle Stellungnahme zu der Frage hervorgeht, die natürlich noch nicht bis dahin erledigt sein kann. Von wesentlicher Bedeutung wird aber sein, daß auch die Einführung des Dr. med. dent. erst über Jahr und Tag erfolgen kann, da vorerst die Dekane der medizinischen Fakultäten an den Universitäten sowie die anderen Fakultäten über die Frage zu hören sind. Weiter muß man sich mit den übrigen Bundesstaaten ins Benehmen setzen, da eine einheitliche Regelung der Frage innerhalb des Reichs angestrebt wird. Würde man nur innerhalb eines Bundesstaats den Dr. med. dent. einführen, so könnte dies zu nicht unbedeutenden Ungelegenheiten und zu einer teilweisen Entvölkerung der Universitäten führen, auf denen die Erlangung des Titels nicht möglich ist. Die Frage für sich ist so schwierig, daß längere Zeit vergehen wird, ehe ihre Lösung erfolgen kann. Von den übrigen Bundesstaaten hat in Sachsen bisher wohl die meiste Abneigung gegen die Verleihung des Titels bestanden. Nachdem eine eingehende Aufklärung und Besprechungen erfolgt sind, ist hier eine Wendung der Anschauungen eingetreten, so daß man damit rechnen kann, daß die sächsische Regierung sich der Einführung des Titels nicht widersetzen wird. Von vornherein am meisten geneigt, den Titel einzuführen, war man in Bayern, so daß die Zustimmung der bayrischen Regierung auf alle Fälle gesichert erscheint. Von Württemberg und den übrigen Bundesstaaten kann man ebenfalls annehmen, daß sie sich den Wünschen des zahnärztlichen Standes gegenüber zustimmend verhalten werden, so daß eine allseitig befriedigende Regelung der Angelegenheit zu erwarten ist, die im Sinne der Zahnärzte erfolgen wird.

Konsumgenossenschaften und Neutralität.

Die Konsumgenossenschafts-Lagerhalter der Provinz Brandenburg haben Sonntag ihre Jahreskonferenz abgehalten, die der Besprechung des Themas „Genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen" gewidmet war. Der Berichterstatter Döhnel wandte sich scharf gegen die Leitung des Zentralverbandes, indem er laut dem „Vorwärts" u. a. folgendes ausführt: Die Konsumgenossenschaften müßten als Arbeiterorganisationen, die Arbeiterinteressen wahrzunehmen haben, von sozialistischem Geist erfüllt sein. Nur in enger Fühlung mit den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse könnten die Konsumgenossenschaften ihre Aufgabe erfüllen. Alle Freunde der Genossenschaftsbewegung müßten den Ansichten entgegentreten, die in der Leitung des Zentralverbandes herrschen, um einen anderen Geist in den Genossenschaften zur Geltung zu bringen. Die Genossenschafter müßten in demselben Sinne wie die Mitglieder der Partei und der Gewerkschaften erzogen werden. Alle drei Zweige der Arbeiterbewegung hätten gemeinsam für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus zu bekämpfen.

Diesen Grundsätzen wurde in der Diskussion von allen Rednern zugestimmt. Da man außerdem die Haltung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" als dem Empfinden der Arbeiter nicht entsprechend bezeichnete und die Verwaltung tadelte, weil sie in Hamburg nicht den Konflikt mit den Buchdruckern, in Frankenthal nicht den Konflikt mit den Tabakarbeitern verhütet habe, wird sich die Leitung des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften mit den sozialdemokratischen Lagerhaltern der Provinz Brandenburg auseinanderzusetzen haben. Daß letztere die Konsumgenossenschaften mit Volldampf im Kielwasser der sozialdemokratischen Partei fahren zu sehen wünschen, ist insofern kein Wunder, als diese Lagerhalter eine Sektion des sozialdemokratischen Handlungsgehilfenverbandes bilden.

Sturmszenen im ungarischen Abgeordnetenhause.

In der gestrigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses kam es einem Pester Telegramm zufolge bei der Spezialberatung über den Preßreformentwurf zwischen dem Präsidenten und den Oppositionellen, die der Geschäftsordnung mehrfach Widerstand entgegensetzten, zu heftigen Auseinandersetzungen. Zahlreiche Oppositionelle wurden zur Ordnung gerufen. Wiederholt trat großer Lärm ein. Während der Spezialdebatte verlangte Graf Julius Andrassy das Wort zur Hausordnung. Der Ministerpräsident befragte das Haus, ob es den Grafen Andrassy hören wolle. Die Mehrheit lehnte es ab, diese Erlaubnis zu erteilen. Graf Andrassy betonte demgegenüber, daß ihm gemäß der alten Hausordnung das Recht zustehe, unabhängig von der Erlaubnis des Hauses zur Hausordnung zu sprechen. Mehrere Oppositionelle schrieen unausgesetzt: Höret Andrassy! Der Tumult wuchs von Minute zu Minute. Da die Verhandlungen wegen der ständigen Ruhestörungen nicht fortgesetzt werden konnten, war der Präsident genötigt, sechs oppositionelle Abgeordnete durch

die Parlamentswache

aus dem Sitzungssaal entfernen zu lassen.

Graf Andrassy widersetzte sich erneut den Anordnungen des Präsidenten und begann zu reden. (Großer Lärm auf allen Seiten.)

Präsident: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie kein Recht haben zu sprechen. (Großer Lärm.)

Graf Andrassy sprach jedoch weiter.

Inmitten des großen Lärms schloß der Präsident die Debatte über den § 1 des Preßgesetzes, der darauf von der Mehrheit angenommen wurde. Graf Andrassy wurde, da er fortfuhr zu sprechen, an den Immunitätsausschuß verwiesen und die gesamte Rechte erhob sich für diesen Antrag des Präsidenten. Graf Andrassy setzte trotzdem seine Rede fort. (Großer Lärm.) Zahlreiche Abgeordnete, darunter Graf Albert Apponyi, wurden zur Ordnung gerufen.

Der Schriftführer verlas darauf den § 2 der Vorlage. Der Präsident erteilte dem oppositionellen Abgeordneten Geza Polonyi das Wort. In dem herrschenden Lärm

sprachen Polonyi und Andrassy zu gleicher Zeit.

Der Präsident suspendierte hierauf die Sitzung. Die Rechte verließ den Saal. (Stürmischer Beifall links.) Nach einer Pause von zehn Minuten erschien die Parlamentswache und forderte die Abgg. Graf Andrassy, Graf Bathyanyi und Stefan Haller auf, sich aus dem Saale zu entfernen. Diese leisteten auch der Aufforderung Folge und verließen, von je zwei Gardisten begleitet, den Saal und das Gebäude.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Graf Albert Apponyi, daß die Opposition nunmehr der neuen Hausordnung, da der Präsident diese willkürlich handhabe, entschiedenen Widerstand entgegensetzen werde. Hierauf erhob sich Graf Aladar Zichy und versuchte zu sprechen, trotzdem ihm nicht das Wort erteilt worden war. Es herrschte große Unruhe.

Zwischen dem Grafen Zichy und dem Präsidenten entstanden ebenfalls heftige Auseinandersetzungen, weil Zichy darauf beharrte zu sprechen. Es herrschte dabei großer Lärm. Die Sitzung wurde aufs neue suspendiert, und wieder erschien die Parlamentswache. Der Saalkommissar forderte den Grafen Zichy und Johann Justh auf, das Haus zu verlassen. Beide entfernten sich, worauf die Wache abzog. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde die Verfügung